Absender

An den Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wandlitz, den

Betreff: Geplante Pflegereform 2027
– Bitte um Überprüfung der vorgesehenen Änderungen und Sicherstellung der häuslichen Versorgung

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
mit großer Sorge verfolge ich die geplanten Änderungen im Rahmen des Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG) zum Jahr 2027.
Pflegebedürftige Menschen beziehungsweise Angehörige eines pflegebedürftigen Menschen sind auf eine zuverlässige und bezahlbare Unterstützung im häuslichen Umfeld angewiesen. Die geplanten Veränderungen könnten für mich und viele andere Betroffene erhebliche Einschränkungen bedeuten. Besonders kritisch sehe ich folgende Punkte:

1. Wegfall bisheriger Unterstützungsleistungen
Die bisherigen Möglichkeiten, Pflegehilfsmittel zum Verbrauch über die Pflegekasse zu beziehen, sollen neu geregelt werden. Damit könnte ein wichtiger Bestandteil der täglichen Versorgung und Entlastung wegfallen beziehungsweise erschwert werden.

2. Einschränkungen bei der Verhinderungspflege
Die bisherige flexible Nutzung der Verhinderungspflege ermöglicht es vielen pflegebedürftigen Menschen, zusätzliche Unterstützung im Alltag zu erhalten und Angehörige zu entlasten. Durch die geplante Neuordnung befürchte ich, dass diese Flexibilität verloren geht und die finanziellen Belastungen deutlich steigen.

3. Veränderungen beim Entlastungsbetrag
Der bisherige Entlastungsbetrag von 131 Euro monatlich ist für viele Menschen eine wichtige Unterstützung. Er ermöglicht beispielsweise Hilfe im Haushalt, Betreuungsangebote und weitere Entlastungsleistungen. Die geplante Neustrukturierung erschwert den Zugang zu diesen Angeboten erheblich bzw. macht es nicht nutzbar (besonders in unserem ländlichen Bereich).

4. Besondere Nachteile für Menschen mit Pflegegrad 1
Besonders besorgniserregend ist der geplante Wegfall des Entlastungsbetrags für Menschen mit Pflegegrad 1. Gerade Menschen mit geringeren Pflegegraden benötigen häufig Unterstützung, um ihre Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten und eine Verschlechterung ihrer Pflegesituation zu verhindern. Häufig führt die Unterstützung in der frühen Bedarfsphase zur deutlichen Verlängerung der Mobilität und Lebensqualität in der eigenen Häuslichkeit.

5. Finanzielle Mehrbelastung für Pflegebedürftige und Angehörige
Die geplante Erhöhung des Pflegegeldes ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie kann jedoch den Wegfall bisheriger eigenständiger Leistungsansprüche in keinem Fall ausgleichen. Es besteht die Gefahr, dass Pflegebedürftige und ihre Angehörigen künftig mehr Leistungen selbst organisieren und finanzieren müssen.

Meine Bitte an Sie!

Ich bitte Sie eindringlich, die geplanten Änderungen noch einmal kritisch zu überprüfen und die Interessen pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen bei den weiteren Beratungen stärker zu berücksichtigen.
Holen Sie Rat ein bei wirklichen Fachleuten und nicht bei Organisationen!

Insbesondere bitte ich Sie darum:
→ die bisherigen Möglichkeiten zur Finanzierung von Unterstützungsleistungen im Alltag zu erhalten,
→ die Verhinderungspflege weiterhin flexibel nutzbar zu machen, nicht nur für Notsituationen
→ den Entlastungsbetrag beziehungsweise einen gleichwertigen finanziellen Anspruch auch für Pflegegrad 1 sicherzustellen,
→ die Versorgung mit notwendigen Pflegehilfsmitteln weiterhin finanziell abzusichern,
→ eine Verschlechterung der häuslichen Versorgung und eine zusätzliche finanzielle Belastung pflegebedürftiger Menschen zu verhindern.

Die häusliche Pflege ist für viele Menschen die Voraussetzung dafür, weiterhin in ihrer vertrauten Umgebung leben zu können. Sie darf nicht durch fehlende finanzielle Unterstützung gefährdet werden.

Ambulant vor stationär sollte Vorrang haben!

Denken Sie daran, häufig führen besser organisierte Strukturen, Verringerung von Verwaltungsaufwand und damit die deutliche Verminderung des Abflusses finanzieller Mittel in die Verwaltungsstrukturen hinein zu einer viel deutlicheren Entlastung der Budgets als die Leistungsreduzierung bei den Betroffenen!

Ich bitte Sie deshalb, sich bei den weiteren Beratungen des Pflegeneuordnungsgesetzes für eine verlässliche, bezahlbare und menschenwürdige Pflege einzusetzen.

Für die Berücksichtigung meiner Anliegen bedanke ich mich herzlich.

Mit freundlichen Grüßen

Unterschrift